Beilage 4060

Der Bayerische Ministerpräsident

An den

Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtags

Betrifft:

5. Gesetz über Sicherheitsleistungen und Kreditaufnahme des bayerischen Staates

Auf Grund Beschlusses des Ministerrats vom 10. Juli 1950 ersuche ich um weitere verfassungsmäßige Behandlung des obenbezeichneten Entwurfs.

München, den 10. Juli 1950

(gez.) Dr. Ghard,

Bayerischer Ministerpräsident

*

Entwurf eines Fünften Gesetzes

über Sicherheitsleistungen und Kreditaufnahme des bayerischen Staates

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

(I) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zu Lasten des bayerischen Staates gegenüber Kreditinstituten die Bürgschaft für Kredite zu übernehmen, die im Rahmen des ersten Arbeitsbeschaffungsprogramms der Bundesregierung (Schwerpunktprogramm) gewährt werden, wenn und soweit die notwendige Sicherheit nach banküblichen Grundsätzen nicht anders als durch eine Bürgschaft des Staates zu erreichen ist.

(II) Die verbürgte Kreditsumme darf nicht übersteigen:

1. für Kredite zur Förderung von Handwerk und Kleingewerbe,
 - a) die an Flüchtlingsbetriebe gegeben werden, den Gesamtbetrag von 10 Mill. DM,
 - b) die an sonstige Betriebe gegeben werden, den Gesamtbetrag von 1 Mill. DM,

2. für Kredite zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft im übrigen,
 - a) die an Flüchtlingsbetriebe gegeben werden, den Gesamtbetrag von 18 Mill. DM,
 - b) die an sonstige Betriebe gegeben werden, den Gesamtbetrag von 20 Mill. DM.

(III) Der Gesamtbetrag an Krediten, für welche Bürgschaften übernommen werden können, erhöht sich für die Kredite unter Abs. (II) Ziffer 1 a) um einen etwaigen Minderbetrag der Kredite unter Abs. (II) Ziffer 2 a) gegenüber dem Gesamtbetrag von 18 Mill. DM.

(IV) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, gegenüber der Bayer. Staatsbank die Bürgschaft zu übernehmen für die Verbindlichkeit der Bayer. Staatsbank gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder der Vertriebenenbank AG. aus der Übernahme der Darlehen, die nach Abs. (II) Ziffer 1 a) und Abs. (III) an Kreditnehmer weitergegeben werden.

(V) Soweit in Fällen des Abs. (II) Ziffer 1 a) Bürgschaften für Flüchtlingsbetriebe über 30 000.— DM übernommen werden sollen, ist die Zustimmung des in § 1 Abs. III des Gesetzes über die Erweiterung der Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates vom 14. Juni 1949 (GWB. S. 139) genannten Bürgschaftsausschusses notwendig.

In den Fällen des Abs. (II) Ziffer 1 b), 2 a) und 2 b) hat das Staatsministerium der Finanzen vor der Übernahme einer Bürgschaft den vom Bayerischen Landtag gemäß § 3 Abs. 5 des Vierten Gesetzes über Kreditgewährungen und Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates vom 27. Februar 1950 (GWB. S. 55) bestellten Ausschuß zu hören.

(VI) Die Bürgschaften sollen nach Möglichkeit auf einen Teil des Kredits oder Ausfalls beschränkt werden.

§ 2

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt,

1. die im ersten Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung (Schwerpunktprogramm) auf Bayern entfallenden Siedlungskredite in Höhe von . . . 11 Mill. DM und Kredite für den Bau von Landarbeiterwohnungen in Höhe von . . . 1 Mill. DM,
2. die bei den landwirtschaftlichen Kreditaktionen auf Bayern entfallenden Siedlungskredite in Höhe bis zu . . . 3 Mill. DM gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder der Vertriebenenbank AG. selbstschuldnerisch zu verbürgen.

§ 3

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die im ersten Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung (Schwerpunktprogramm) für den Straßenbau in Bayern vorgesehenen Mittel in Höhe von 6 Mill. DM durch Ausgabe von Schatzwechseln zu beschaffen.

§ 4

(I) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zu Lasten des bayerischen Staates die Bürgschaft zu übernehmen

1. für Verbindlichkeiten von Unternehmen, die nicht Flüchtlingsbetriebe sind, sofern es sich um volkswirtschaftlich besonders wichtige, förderungswürdige Betriebe handelt, die jedoch nach bankmäßigen Grundätzen mangels der üblichen Sicherheiten Kredit nicht erlangen können;
2. für die Ersatzansprüche der Bürgschaftseinrichtungen des Handwerks aus der Übernahme von Bürgschaften zugunsten von Handwerksbetrieben.

(II) Der jeweilige Stand der verbürgten Kreditsumme darf nicht übersteigen:

1. für Kredite zur Förderung der Industrie,
den Gesamtbetrag von 10 Mill. DM,
2. für Kredite zur Förderung von Handwerk und Gewerbe,
insonderheit für die Ersatzansprüche der Bürgschaftseinrichtungen des Handwerks aus der Übernahme von Bürgschaften zugunsten von Handwerksbetrieben,
den Gesamtbetrag von 3 Mill. DM,
3. für Kredite zur Förderung des Fremdenverkehrs,
den Gesamtbetrag von 3 Mill. DM.

(III) Die Bürgschaft darf nur für Kredite mit einer Laufzeit von längstens 5 Jahren gewährt werden. Sie ist nach Möglichkeit auf einen Teil des Kredits oder Ausfalls zu beschränken.

(IV) Die Übernahme der Bürgschaft bedarf der vorherigen Zustimmung eines Bürgschaftsausschusses. Diesem gehören an:

2	Vertreter des Staatsministeriums der Finanzen,	
1	" " " "	für Wirtschaft,
1	" " " "	für Arbeit und soziale Fürsorge.

Der Ausschuss kann für den einzelnen Fall geeignete Sachverständige zuziehen.

(V) Die Bürgschaften sind dem Bayerischen Landtag nachträglich zur Kenntnis zu bringen.

§ 5

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zu Lasten des bayerischen Staates die Bürgschaft zu leisten für die Verbindlichkeiten

- a) der Kunstseidenfabrik Bobingen aus einer Anzahlung der Aktiengesellschaft für Plastik-Industrie (Plabag, Romanshorn/Schweiz, in Höhe bis zu 7 Millionen DM;
- b) der Landesbank Bayer. Haus- und Grundbesitzer AG. in München aus der Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung der Instandsetzung von Gebäuden, in Höhe bis zu 250 000.— DM.

§ 6

Die Ermächtigung des § 1 Abs. 1 Buchstabe b) des Gesetzes über die Erweiterung der Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates vom 14. Juni 1949 (GWB. S. 139), für Kredite der Bayer. Staatsbank an die Bayer. Landesfiedlung GmbH. und die Bayer. Bauernfiedlung GmbH. bis zum Höchstbetrag von 10 Mill. DM Bürgschaft zu leisten, wird unter Beibehaltung des Höchstbetrages auch auf Kredite anderer Kredit- oder Versicherungsinstitute ergänzt.

§ 7

Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am in Kraft.

Begründung

Die Bundesregierung hat den finanzschwachen Ländern Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Rahmen des ersten Arbeitsbeschaffungsprogramms 1950 (Schwerpunktprogramm) 300 Mill. DM zur Verfügung gestellt.

Hiervon erhalten Bayern:	105	Mill. DM
Hessen:	15	" "
Niedersachsen:	102,5	" "
Schleswig-Holstein:	77,5	" "

Diese Mittel sind zu verwenden:

1. für wirtschaftsfördernde Maßnahmen zur Erschließung neuer Dauerarbeitsplätze unter besonderer Berücksichtigung von Betrieben Heimatvertriebener,
2. zur Durchführung von schnell anlaufenden besonders arbeitsintensiven Vorhaben.

Bei den Vorhaben zu Ziffer 1 soll den Projekten der Vorzug gegeben werden, die eine möglichst hohe und stetige Beschäftigung von Arbeitnehmern, eine Steigerung des Exports und eine Verbreiterung der Produktionsgrundlage versprechen. Der auf Bayern entfallende Betrag von 105 Mill. DM ist von dem interministeriellen Bundesauschuß in Bonn wie folgt aufgeteilt worden:

Gewerbliche Wirtschaft:	58,95	Mill. DM
Handwerk und Kleingewerbe:	12,25	" "
Landwirtschaft:	16	" "
Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser):	3,5	" "
Verkehr:	14,3	" "
	<u>105</u>	Mill. DM

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat es übernommen, die Finanzierung der für die Industrie, das Gewerbe, Handwerk und die Landwirtschaft bestimmten Kredite durchzuführen. Die Kredite für die Gas- und Wasserwirtschaft, die kommunalen Verkehrsunternehmen, sowie für den Straßenbau werden von den Girozentralen in den einzelnen Ländern, (in Bayern Bayer. Gemeindefbank [Girozentrale]), gegen Ausgabe von Kommunalobligationen oder von den Ländern durch Ausgabe von Schatzanweisungen finanziert. Die zuständigen Landeszentralbanken haben hierfür Refinanzierungszusagen gegeben, die auf Vereinbarungen mit der Bank Deutscher Länder zurückgehen. Die Durch-

führung des Schwerpunktprogramms liegt bei einem interministeriellen Bundesausschuß (Fünferausschuß), für den das Bundesarbeitsministerium die Federführung hat. Richtlinien, die das Schwerpunktprogramm betreffen, werden von diesem Ausschuß gegeben.

Zu § 1

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau ist auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen gehalten, ihre Darlehen nur über Kreditinstitute auszureichen. Die Darlehen müssen unmittelbar oder mittelbar durch dingliche Sicherheiten oder durch Schuldverschreibungen von Kreditinstituten gedeckt sein. Wenn der Verwaltungsrat feststellt, daß es sich um Vorhaben von besonderer Bedeutung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau handelt, kann er auch andere Sicherheiten für ausreichend erklären. Siehe Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vom 5. November 1948 (WiGBl. S. 123)/18. August 1949 (WiGBl. S. 290).

Die für das Handwerk und Kleingewerbe vorgesehenen Kredite bis zu 100 000.— DM werden für einheimische Betriebe von der Kreditanstalt für Wiederaufbau als 4. Tranche des für diese Betriebe aufgestellten Investitionsprogramms behandelt, für welches in den drei ersten Tranchen bisher insgesamt 45 Mill. DM (davon 5,5 Mill. DM für Bayern) zur Verfügung gestellt wurden. Die Kreditanträge sind, versehen mit einer Bereitschaftserklärung einer Sparkasse oder einer Volksbank und mit einer Stellungnahme der zuständigen Handwerkskammer, vom Staatsministerium für Wirtschaft entgegengenommen, geprüft und der Bayer. Gemeindebank bzw. der Zentralkasse Bayer. Volksbanken empfohlen worden. Die Bayer. Gemeindebank bzw. Zentralkasse Bayer. Volksbanken rufen die Kreditbeträge unmittelbar bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau ab und überweisen sie an die kreditausreichenden Sparkassen und Volksbanken. Die Kredite, welche eine Laufzeit von höchstens 10 Jahren haben, sind bei einem Auszahlungskurs von 97,5% mit 7% zu verzinsen. Die Vergabe der Kredite für Handwerk und Kleingewerbe an Flüchtlingbetriebe und die Übernahme der erforderlichen Staatsbürgschaften ist dem bisherigen Verfahren bei der Gewährung von Staatsbürgschaften für Flüchtlingsproduktivkredite (vgl. Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen vom 31. Mai 1949, StAnz. Nr. 22) weitgehend angepaßt. Diese Kredite sind bei einer Laufzeit von höchstens 10 Jahren und bei einem Auszahlungskurs von 100% mit 7% zu verzinsen.

Die auf dem Sektor der Industrie in Betracht kommenden Vorhaben sind vom Staatsministerium für Wirtschaft, die zur sonstigen gewerblichen Wirtschaft zu rechnenden Unternehmungen von den zuständigen Ministerien, jeweils im Benehmen mit der Flüchtlingsverwaltung und unter Mitwirkung der Industrie- und Handelskammern und der Wirtschaftsabteilungen der Regierungen in Vorschlag gebracht, von dem interministeriellen Fünferausschuß des Bundes überprüft und sodann der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Kreditgewährung empfohlen worden. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau fordert die ihr vorgeschlagenen Firmen auf, ihre Kreditanträge unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Sie stellt dabei u. a. das Verlangen, daß die kreditausreichenden Institute

ihr gegenüber die volle Haftung für die Darlehen übernehmen. Die Bedingungen für die Kredithingabe im einzelnen sind jeweils in den Kreditbestätigungsschreiben der Kreditanstalt für Wiederaufbau an die kreditausreichenden Institute enthalten. Die Kredite haben eine Laufzeit von höchstens 10 Jahren und sind mit 7½% zu verzinsen.

Soweit der Kredit nicht ausreichend dinglich gesichert werden kann, verlangt die Kreditanstalt für Wiederaufbau in ihren Kreditbestätigungsschreiben auf Grund der oben erwähnten gesetzlichen Bestimmungen die zusätzliche Sicherung durch eine Staatsbürgschaft. Es ist aber auch den kreditvermittelnden Banken nicht möglich und zumutbar, die volle Haftung für das Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu übernehmen, wenn die Betriebe über keine ausreichenden banküblichen Sicherheiten verfügen. In diesen Fällen muß die fehlende Sicherheit durch eine Staatsbürgschaft ersetzt werden. Die Bürgschaft des Staates wird grundsätzlich als eine 90%ige modifizierte Ausfallbürgschaft gegeben, mit der Maßgabe, daß der Ausfall spätestens 1 Jahr nach Nichtbezahlung der fälligen Zins- und Tilgungsraten als festgestellt gilt. Das durchleitende Kreditinstitut hat also im Regelfalle eine mindestens 10%ige Eigenhaftung zu übernehmen, wobei Sonder sicherheiten für das Eigenrisiko des Kreditinstituts nicht verlangt werden dürfen. Sollte ein Kreditinstitut nicht bereit sein, diese Eigenhaftung zu übernehmen, so wird der Antrag dem interministeriellen Fünferausschuß in Bonn vorgelegt, der hierüber nach Anhörung der zuständigen Ministerien des Landes beschließt, ob ausnahmsweise eine 100%ige Bürgschaft empfohlen werden soll oder ob die eingeplante Firma von der Liste zu streichen und durch einen Betrieb aus der Nachschubliste zu ersetzen ist.

Im Hinblick auf das vorangegangene Auswahlverfahren kann davon ausgegangen werden, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung der Betriebe ausreichend überprüft wurde. Ob betriebswirtschaftlich die Voraussetzungen für eine Kreditgewährung vorliegen, wird zunächst von dem kreditausreichenden Institut, das grundsätzlich ja mit einer mindestens 10%igen Eigenhaftung beteiligt ist, selbst und anschließend von der Kreditanstalt für Wiederaufbau geprüft.

Anträge auf Übernahme einer Staatsbürgschaft sind unter Einreichung von Abschriften des an die Kreditanstalt für Wiederaufbau gerichteten Kreditantrages einschließlich der dazu gehörigen Anlagen von dem kreditausreichenden Institut an das Staatsministerium der Finanzen zu richten. Die für die Bürgschaftsübernahme maßgeblichen Unterlagen müssen neben der Unterschrift der für den Betrieb Zeichnungsberechtigten, auch mit einer Prüfungsbestätigung eines Wirtschaftsprüfers, Steuerberaters, vereidigten Bücherrevisors oder Kreditprüfers einer Bank versehen sein. Außerdem ist das den Kredit durchleitende Geldinstitut gehalten, zu dem Bürgschaftsantrag unter Darlegung aller Argumente, die für oder gegen den Antrag sprechen, erschöpfende Stellung zu nehmen und zu erklären, daß die vorgelegten Kreditunterlagen mit der üblichen bankmäßigen Sorgfalt geprüft wurden und keine Umstände bekanntgeworden sind, welche zu irgendwelchen Bedenken gegen die Richtigkeit der Angaben Anlaß geben könnten. Hiernach wird im Regelfall auf eine örtliche Überprüfung des Betriebes durch amtliche Prüfer verzichtet und diese Prüfung auf

besonders gelagerte Einzelfälle beschränkt werden können. Die Kredite sollten nach den ursprünglichen Richtlinien ausschließlich zur Durchführung von Investitionen Verwendung finden dürfen. Es ist aber inzwischen nachgelassen worden, daß die Kredite auch zur Ablösung von Vorfinanzierungen verwendet werden können, die nach dem 1. November 1949 durchgeführt wurden, wenn der Nachweis geführt wird, daß die Vorfinanzierungen für den eingeplanten Investitionszweck Verwendung gefunden haben. Neuerdings wurde zugestimmt, daß bei Flüchtlingsbetrieben bis zu höchstens 40% des Kreditbetrages als Betriebsmittelkredite zur Verfügung gestellt werden dürfen, sofern die bankmäßige Prüfung ergibt, daß ein sinnvoller Einsatz des Investitionskredites ohne eine derartige Maßnahme nicht zu erreichen ist.

Für die Flüchtlingsbetriebe wurde die Ermächtigung zur Bürgschaftsübernahme in voller Höhe der für diese Betriebe eingeplanten Kreditsumme beziffert, da hier in fast allen Fällen mit der Übernahme einer Staatsbürgerschaft gerechnet werden muß. Für die sonstigen Betriebe wurde die Bürgschaftsermächtigung in Höhe von 50% der eingeplanten Kreditsumme veranschlagt. Dieser Satz wurde gewählt, da unter den hier in Betracht kommenden Unternehmungen sich zahlreiche Betriebe aus den bayer. Notstandsgebieten befinden und auch die sogenannten flüchtlingsverwandten Betriebe dazu gehören, bei denen mindestens 70 v. H. der Gesamtzahl der Beschäftigten Flüchtlinge sind. Diese Betriebe können häufig keine ausreichenden bankmäßigen Sicherheiten bieten. In allen Fällen sind die Bürgschaften nach Möglichkeit auf einen Teil des Kredits oder Ausfalls zu beschränken. Es kann deshalb von der erbetenen Bürgschaftsermächtigung nur insoweit Gebrauch gemacht werden.

Der Bund hat in Aussicht genommen, für Flüchtlingsbetriebe und für Betriebe in besonderen Notstandsgebieten, wozu in Bayern insbesondere das Gebiet des Bayer. Waldes zählt, eine Rückbürgschaft in Höhe von 70% des staatsverbürgten Kreditbetrages zu übernehmen. Eine entsprechende gesetzliche Vorlage ist dem Bundestag und dem Bundesrat zur Zeit allerdings noch nicht zugeleitet worden. Mit einer Verabschiedung dieses Gesetzes wird nicht vor Ablauf einiger Monate gerechnet werden können.

Die Bayer. Staatsbank — Direktorium — München erhält für die Kredite zur Förderung von Handwerk und Gewerbe, die ausschließlich an Flüchtlingsbetriebe gegeben werden sollen, insgesamt von der Kreditanstalt für Wiederaufbau eine Summe von zunächst 10 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Sie muß gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau für diesen Betrag die volle Haftung übernehmen. Mit Rücksicht auf das vorgesehene Verfahren, nach dem über die Hingabe und etwaige Verbürgung der Kredite ein Ausschuß entscheidet, hat die Bayer. Staatsbank auf die Vergabe der aus diesem Fonds gegebenen Einzelkredite keinen Einfluß. Sie ist lediglich für die kreditausreichenden Institute das Refinanzierungsinstitut. Die Bayer. Staatsbank kann daher ihre Primärhaftung gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau nur übernehmen, wenn der Staat für ihre Verbindlichkeit gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau die Bürgschaft übernimmt (§ 1 Abs. IV).

Zu § 2

An Krediten für die Landwirtschaft sind in Bayern im Rahmen des Schwerpunktprogramms vorgesehen:

für Siedlungskredite (insbes. Flüchtlinge)	11	Mill. DM,
für den Bau von Landarbeiterwohnungen	1	" " "
für Flurbereinigungsmaßnahmen	1	" " "
für Wiederaufforstungsmaßnahmen	1	" " "
für ländliche Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung	2	" " "

Staatsbürgschaften werden für die Siedlungskredite und für die Kredite für den Bau von Landarbeiterwohnungen gebraucht. Diese Kredite sind zwar grundsätzlich auch durch Eintragung von Grundschulden oder Hypotheken dinglich zu sichern. Diese Sicherungen können aber zur Zeit in fast allen Fällen noch nicht beschafft werden, weil die Voraussetzungen für die grundbuchmäßige Erledigung fehlen. Die zuständigen Bundesstellen haben sich deshalb damit einverstanden erklärt, daß die durchleitenden Kreditinstitute diese Darlehen zunächst ohne eigene Haftung und ohne dingliche Sicherung ausreichen. Sie müssen aber bemüht sein, die dingliche Sicherstellung sobald wie möglich nachzuholen und haben, wenn dies geschehen ist, insoweit auch eine Eigenhaftung zu übernehmen. Die Darlehen dürfen von den Kreditinstituten nur dann ausbezahlt werden, wenn von der Siedlungsbehörde bescheinigt worden ist, daß sich die Beleihung des Einzelobjektes im Rahmen der tragbaren Rente und der dinglichen Sicherungsgrenze hält. Voraussetzung für die Freigabe der Kreditbeträge durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau ist aber, daß die Länder während der Zeit, in der die kreditausreichenden Institute selbst nicht haften und eine dingliche Sicherheit nicht besteht, eine selbstschuldnerische Globalbürgschaft gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau (oder dem Bund) übernehmen. Damit die Kredite nunmehr sofort ausgereicht werden können, hat sich das Bundesfinanzministerium darüber hinaus neuerdings damit einverstanden erklärt, daß die Darlehen bereits dann von der Kreditanstalt für Wiederaufbau den durchleitenden Kreditinstituten zur Verfügung gestellt werden, wenn das Finanzministerium des betreffenden Landes der Kreditanstalt für Wiederaufbau die Zusage erteilt hat, daß entsprechende Schritte für die Übernahme dieser Globalbürgschaft eingeleitet seien. Die Siedlerkredite werden in Bayern in Höhe von 5 Mill. DM über die Bayer. Landwirtschaftsbank eGmbH. und in Höhe von 6 Mill. DM über die Bayer. Landesbodenkreditanstalt ausgereicht. Die letztere vergibt auch die für den Landarbeiterwohnungsbau bestimmten Kredite. Die Anträge auf Gewährung von Darlehen für den Landarbeiterwohnungsbau werden vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bearbeitet. Für die Bearbeitung der Anträge auf Gewährung von Siedlungskrediten ist die Oberste Siedlungsbehörde zuständig, welche sich hierzu der Bayer. Landesiedlung eGmbH. bedient. Die Endzinsätze für die langfristigen Darlehen betragen 2½%. Da die Kreditanstalt für Wiederaufbau aber für die Dauer der Vorfinanzierung, d. h. bis zur Ablösung durch ECA-Mittel, diesen Endzinsatz noch nicht berechnen kann, werden die Kredite bis dahin mit einem Zinssatz von 4½% ausgereicht. Es ist vorgesehen, die Zinsdifferenz von 2% als Zinszuschuß für die Siedlungs- und Landarbeiterwohnungsbau-Kredite im Haushaltsplan 1950 zu veranschlagen.

Aus der zweiten landwirtschaftlichen Kreditaktion entfallen auf Bayern Flüchtlings-Siedlungskredite in Höhe von 1 250 000.— DM, davon 450 000.— DM auf die Kreise Straubing und Uffenheim. Die Übernahme einer globalen selbstschuldnerischen Bürgschaft gegenüber dem Bund ist für diese Kredite aus den gleichen Gründen notwendig, wie für die Kredite aus dem Schwerpunktprogramm. Da die Kredite direkt aus ECA-Mitteln gegeben werden, beträgt der Zinssatz nur 2½%. Die Bürgschaftsermächtigung ist in Höhe bis zu 3 Mill. DM veranschlagt worden, damit auch die im Rahmen der in Aussicht genommenen weiteren landwirtschaftlichen Kreditaktionen auf Bayern entfallenden Siedlungskredite gegenüber dem Bund verbürgt und damit sofort zur Auszahlung gebracht werden können.

Zu § 3

Die Landeszentralbank von Bayern hat sich bereit erklärt, dem bayerischen Staat zum Zwecke der Zwischenfinanzierung von Straßenbauten im Rahmen des Schwerpunktprogramms einen Kredit von 6 Mill. DM einzuräumen. Die Kreditgewährung erfolgt durch Ausgabe von Schatzwechseln des bayerischen Staates, die mit einer Laufzeit von 3 Monaten bei einem Zinssatz von 4 v. H. versehen werden sollen. Der Schatzanweisungskredit dient zur Vorfinanzierung und soll später in eine längerfristige Anleihe des bayerischen Staates zur Durchführung von Straßenbauten umgewandelt werden, für welche die Anforderung von Ausgabemitteln im außerordentlichen Haushalt für das Rechnungsjahr 1950 in Aussicht genommen ist. Bis zu dieser endgültigen Finanzierung ist die Landeszentralbank von Bayern zu einer Prolongierung der Schatzwechsel bereit. Die Bayer. Staatsschuldenverwaltung wird angewiesen werden, die Ausfertigung und die Begebung der Schatzwechsel nach Maßgabe des sich durch den Baufortschritt ergebenden unmittelbaren Auszahlungsbedarfs auf Grund eines Planes der Obersten Baubehörde vorzunehmen.

Die Schatzanweisungen sollen wie folgt ausgestellt werden:

1	Mill. DM	in	Stücken	zu	50 000.—	DM,
2	"	"	"	"	100 000.—	" "
3	"	"	"	"	500 000.—	" "

Zu § 4

Eine Ermächtigung zur Übernahme von Staatsbürgschaften für Unternehmen, die nicht Flüchtlingsbetriebe sind, war schon im Entwurf des Vierten Gesetzes über Kreditgewährungen und Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates enthalten gewesen, hat aber damals nicht die Zustimmung des Landtags gefunden, da die seinerzeitige Fassung als zu weitgehend angesehen wurde. Die Bedenken richteten sich aber nicht grundsätzlich gegen die Übernahme von Staatsbürgschaften zugunsten einheimischer förderungswürdiger Betriebe. In der Zwischenzeit hat sich das Bedürfnis zur Schaffung einer solchen gesetzlichen Ermächtigung verstärkt erwiesen. Für Nichtflüchtlingsbetriebe besteht, abgesehen von einigen wenigen Ermächtigungen in Einzelfällen oder auf Grund der Haushaltsgesetze, bislang nur die Möglichkeit zur Übernahme einer Staatsbürgschaft, wenn es sich um Wiederaufbau-, Remontage- oder Restitutionskredite handelt (vgl. §§ 3 und 4 des Gesetzes vom 27. Februar 1950, GBl. S. 55). Daneben kann in be-

sonders gelagerten Einzelfällen nur durch Übernahme einer kurzfristigen Staatsbürgschaft geholfen werden (Art. 82 Satz 2 der Verfassung). An das Staatsministerium für Wirtschaft und das Staatsministerium der Finanzen ist eine Reihe von Anträgen auf Bürgschaftsübernahme von volkswirtschaftlich wertvollen Nichtflüchtlingsbetrieben herangetragen worden, welche durch Übernahme einer Staatsbürgschaft in die Lage versetzt werden könnten, die erforderlichen Kredite aufzunehmen, um ihre finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden und ihren Arbeiterbestand zu erhalten, denen aber im Rahmen der geltenden Bürgschaftsbestimmungen nicht entsprochen werden kann. Der Haushaltsausschuß des Bayer. Landtags hat in Erkenntnis dieser Lage inzwischen selbst in seiner Sitzung vom 10. Mai 1950 (Beilage 3773) dem Antrag betreffend die Vorlage eines Gesetzesentwurfes zur Übernahme von Staatsbürgschaften für illiquide wirtschaftlich wertvolle Betriebe, deren Produktion und Absatz gesichert ist, zugestimmt. Dieser Bürgschaftsermächtigung kommt gerade auch im Hinblick auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung besondere Bedeutung zu, da sie dazu beiträgt, Arbeitsplätze zu erhalten und durch die Möglichkeit, Betriebsmittelkredite zu verbürgen, eine wertvolle Ergänzung zu dem grundsätzlich auf Investitionskredite abgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung darstellt. Bei der zu erwartenden großen Zahl der Anträge mußte die Ermächtigung auf volkswirtschaftlich besonders wichtige, förderungswürdige Betriebe beschränkt werden.

Die Bürgschaftsermächtigungen sind aufgeteilt für Kredite

- an die Industrie,
- das Handwerk und Gewerbe, insonderheit für die Ersatzansprüche der Bürgschaftseinrichtungen des Handwerks aus der Übernahme von Bürgschaften zugunsten von Handwerksbetrieben,
- zur Förderung des Fremdenverkehrs.

Der Bayer. Landtag hat in seiner Sitzung vom 18. April 1950 beschlossen (Beilage 3691), die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag ehestens den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch das dem bayerischen Handwerk, vor allem dem Bauhandwerk und insonderheit den Bürgschaftsgenossenschaften des Handwerks, die notwendigen Produktivkredite bzw. Staatsbürgschaften zur Verfügung gestellt werden. Eine unmittelbare Kreditgewährung aus bayerischen Staatsmitteln ist leider nicht möglich. Dagegen wird dem Wunsch des Landtags auf Übernahme von Staatsbürgschaften durch den vorliegenden Entwurf Rechnung getragen. Die Bürgschaftseinrichtungen des Handwerks sind zur Zeit erst im Entstehen begriffen. Sie werden sich weitgehend an das bewährte Vorbild in der Schweiz anlehnen. Die Staatsbürgschaft wird in Form einer Ausfall- und Rückbürgschaft gegenüber den Bürgschaftseinrichtungen übernommen werden, wobei ein noch festzusetzender Teil des Ausfalles von den Bürgschaftseinrichtungen, der Rest vom Staat zu tragen ist. Die Bedeutung der Bürgschaftseinrichtungen des Handwerks, denen sich auch Flüchtlingsbetriebe anschließen können, liegt insbesondere darin, da sie auf Grund ihrer Orts- und Fachkenntnisse eine Gewähr für eine richtige Lenkung der Kredite bieten und dazu beitragen, die Tätigen zu fördern und die Unfähigen auszuschneiden.

Dem Fremdenverkehr kommt für Bayern eine besondere wirtschaftliche Bedeutung zu. Die Einnahmen hieraus wurden für die Zeit vor dem Kriege auf schätzungsweise 200—300 Mill. Reichsmark jährlich beziffert. Das Hotel- und Fremdenverkehrsgewerbe hat durch Sachschäden und durch die Zweckentfremdung des Beherbergungsraumes während und nach dem Kriege schwere Einbußen erlitten, welche seine Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigen. Die Fremden-Übernachtungen sind bei Vergleich der Jahre 1949 gegenüber 1937 um etwa $\frac{2}{3}$ und die Einnahmen aus dem bayerischen Fremdenverkehr um mehr als $\frac{2}{3}$ abgefallen. Hinzu kommt, daß im Jahre 1937 schätzungsweise 94% der Einkünfte von Gästen außerhalb Bayerns aufgebracht wurden, davon 14% von Ausländern, während im Jahre 1949 der außerbayerische Anteil an den Einkünften auf nur 66% beziffert wird, wovon nur 6% auf den Ausländer- Reiseverkehr entfallen. Die von Bayern im Rahmen des Schwerpunktprogramms zur Förderung des Fremdenverkehrs vorgeschlagenen Kredite sind vom Fünferausschuß in Bonn trotz des bayerischen Einspruches leider gestrichen worden. Der Bayer. Landtag hat aber die volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs für Bayern schon durch Beschluß vom 17. Mai 1950 (Beilage 3815) dadurch anerkannt, daß die Staatsregierung beauftragt wurde, im Haushaltsjahr 1950 einen der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs entsprechenden Betrag für die Förderung des Fremdenverkehrs vorgriffsweise bereitzustellen. Es werden im Haushalt für das Rechnungsjahr 1950 leider nur verhältnismäßig geringe Mittel hierfür bewilligt werden können. Die im Entwurf vorgesehene Bürgschaftsermächtigung soll in Ergänzung hierzu einzelnen volkswirtschaftlich besonders wichtigen Fremdenverkehrsbetrieben die Aufnahme der notwendigen Kredite gegen Übernahme einer Staatsbürgschaft ermöglichen.

Die in den Absätzen 3 bis 5 des Entwurfs vorgeschlagenen Bestimmungen entsprechen grundsätzlich der für die staatsverbürgten Flüchtlingsproduktiv-, Remontage- und Restitutionskredite getroffenen Regelung (vgl. § 1 Abs. II und III des Gesetzes vom 14. Juni 1949, G.WBl. S. 139). Der Bürgschaftsausschuß ist lediglich um einen weiteren Vertreter des Staatsministeriums der Finanzen erweitert worden, um sowohl einen Vertreter der Haushaltsabteilung, wie des Referats für Geld-, Bank- und Börsenwesen Sitz und Stimme in diesem Ausschuß einzuräumen.

Zu § 5

a) Die Aktiengesellschaft für Plastik-Industrie (Plabag), Romanshorn/Schweiz hat sich grundsätzlich bereit erklärt, ihren gesamten Bedarf an Perlonprodukten ausschließlich von der Kunstseidenfabrik Bobingen bei Augsburg zu beziehen, soweit diese zu konkurrenzfähigen Bedingungen zu liefern in der Lage ist. Es sind in den Jahren bis 1955 Lieferungen von Perlonfasern, Garn, Vorsten und insbesondere Perlonseide in Höhe von rd. 40 Mill. DM in Aussicht genommen worden. Die Plabag will auf Rechnung dieser Lieferungen eine Vorausanzahlung von bis zu 7 Mill. DM leisten, welche 4 Wochen nach Unterzeichnung des Vertrages fällig wird, jährlich um 1 Mill. DM zu tilgen und mit 6% zu verzinsen ist. Die Kunstseidenfabrik Bobingen will den Vor-

auszahlungsbetrag zum Aufbau ihrer Perlon-Seidenproduktion verwenden. Der Vertrag bedarf zu seiner rechtlichen Wirksamkeit allerdings noch der Zustimmung durch das FG-Farben-Control-Office in Frankfurt, da die Kunstseidenfabrik Bobingen zum FG-Farben-Konzern gehörte, und durch die Alliierte Bankenkommision, da es sich bei der Vorauszahlung um ausländisches Kapital handelt. Es besteht aber begründete Aussicht, daß diese Zustimmungen erteilt werden und das Control-Office auch damit einverstanden ist, daß die staatsverbürgte Vorauszahlung von der Kunstseidenfabrik Bobingen entsprechend gesichert wird, sobald vom bayerischen Staat eine grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme einer Bürgschaft für die zu leistende Vorauszahlung vorliegt.

Der Aufnahme der Perlon-Seidenerzeugung in Bayern kommt eine besondere wirtschaftliche und arbeitspolitische Bedeutung zu.

b) Die Landesbank Bayer. Haus- und Grundbesitzer AG., München, erhält von einem Versicherungsunternehmen ein Darlehen in Höhe bis zu 250 000.— DM bei einem Auszahlungskurs von 98%, einem Zinssatz von $6\frac{1}{2}$ % und einer Laufzeit von 10 Jahren, welches zur Ausgabe von Kleindarlehen bis zu 2000.— DM an Hauseigentümer für dringende Gebäudeinstandsetzungsarbeiten dient. Die Landesbank haftet für das Darlehen des Versicherungsinstitutes mit ihrem vollen Vermögen. Die Kleindarlehen werden ausschließlich gegen hypothekarische Sicherung nach bankmäßigen Grundlagen mit einer Auszahlung von 97 bzw. 96%, einen Zinssatz von 7% und einer Laufzeit von 5 bzw. 10 Jahren ausgereicht. Die staatliche Bürgschaft ist notwendig, damit das Darlehen für das Versicherungsunternehmen deckungsstoffsicher wird. Der Ausreichung der Kleindarlehen kommt im Interesse der Erhaltung und Instandsetzung von Wohngebäuden eine besondere Bedeutung zu.

Zu § 6

Die in § 1 Abs. I Buchstabe b) des Gesetzes über die Erweiterung der Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates vom 14. Juni 1949 (G.WBl. S. 139) enthaltene Ermächtigung zur Bürgschaftsübernahme für Kredite an die Bayer. Landesiedlung GmbH. und die Bayer. Bauernsiedlung GmbH. bis zum Höchstbetrage von insgesamt 10 Mill. DM ist auf Bürgschaftsübernahmen gegenüber der Bayer. Staatsbank beschränkt. Da die Bayer. Landesiedlung GmbH. zur Durchführung der Siedlungsaufgaben auch von anderen Kreditinstituten, insbesondere der Bayer. Landesbodenkreditanstalt und der Bayer. Landwirtschaftsbank eGmbH., Kredite erhält, welche bis auf weiteres unter Staatsbürgschaft genommen werden müssen, ist eine Erweiterung der gesetzlichen Bestimmung dahingehend, daß die Bürgschaften allgemein gegenüber Kredit- oder Versicherungsinstituten übernommen werden können, notwendig. Für die staatsverbürgten Flüchtlingsproduktiv-, Remontage- und Restitutionskredite ist dies durch die §§ 2 und 4 des Vierten Gesetzes über Kreditgewährungen und Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates vom 27. Februar 1950 (G.WBl. S. 55) schon geschehen.